

ISRAEL-ABKOMMEN

Ohne Händedruck

Zwischen halb sieben und sieben Uhr wurden vergangene Woche die Vertreter der acht großen Nachrichtenagenturen aus ihren luxemburger Hotelbetten getrommelt und telefonisch für 7.45 Uhr vor das Gebäude der Hohen Kommission bestellt. Im naßkalten Morgendunst wartete dort Bundespressekoch Felix von Eckardt mit zwei Autos. Nur er kannte das Fahrtziel, zu dem die Wagen abfahren.

Eine Viertelstunde später erlebten dann die Journalisten im luxemburger Rathaus, wo am Vortage der Ministerrat des Schumanplans zusammengetreten war, die Unterzeichnung des deutsch-israelischen Wiedergutmachungs-Abkommens als eine düster-schweigsame Szene:

Unter ständiger Furcht vor einem Attentat, sei es von extrem-jüdischer oder von arabischer Seite, und in unverhöhrter Atmosphäre wurde der Vertrag über deutsche Warenlieferungen in Höhe von 3,45 Milliarden DM an Israel unterzeichnet. Während noch die Diener mit den Ledermappen um den Tisch gingen, rüttelte es plötzlich an der Tür.

Einige Gesichter wurden bleich. Dann rüttelte es noch einmal und die Tür sprang auf. Herein stürzte zur allgemeinen Erleichterung ein luxemburgischer Pressefotograf, der von der geheimen Unterzeichnung Wind bekommen hatte. An seinem Kopfe schwang er eine altmodische Kamera.

Die Juden hatten sich für die Unterzeichnungszereemonie eine nüchtern geschäftliche Abwicklung ausbebeten. Der deutsche Bundeskanzler saß dem israelischen Außenminister Moshe Sharett gegenüber. Sitzend zur Rechten Adenauers Staatssekretär Hallstein, daneben Blankenhorn. Die einzigen freundlichen Gesichter im Raum: ein paar langstielige Blumen in einer Vase. Die Unterzeichnung ging schweigend vor sich. Ohne Händedruck.

Niemals hatten die Vertreter Israels auch in den vergangenen fünf Monaten während der Verhandlungen im holländischen Schloß Wassenaar vergessen, was die Regierungsparteien Israels ihnen mit auf den Weg gegeben hatten:

Die Wiedergutmachungsverhandlungen bedeuten keineswegs die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Deutschland. Die ungeheuren und abscheulichen deutschen Verbrechen können durch keine materielle Wiedergutmachung gesühnt werden. Unsere Gefühle sprechen unzweifelhaft gegen Verhandlungen, unterwerfen sich jedoch der Einsicht, daß sich Israel angesichts seiner wirtschaftlichen Lage den Verzicht auf deutsche Wiedergutmachung nicht leisten kann.

Diese wirtschaftliche Lage Israels trieb dieses Jahr durch die Rückzahlungspflicht aufgenommener Regierungsanleihen und die allmählich nachlassenden ausländischen Spenden für Israel einer Katastrophe zu. Die Handelsbilanz des jungen Staates zeigte während der vergangenen Jahre eine in der Welt einmalig schlechte Entwicklung (in israelischen Pfunden):

- 1949 Einfuhr für 88 Millionen, Ausfuhr 10 Millionen.
- 1950 Einfuhr 103 Millionen, Ausfuhr 13 Millionen.
- 1951 Einfuhr 123 Millionen, Ausfuhr 16 Millionen.

Von irgendwoher mußte neue Hilfe kommen. Der wirtschaftliche Boykott des Judenstaates durch die arabischen Nach-

barn*), die Israels natürliche Lebensmittel-lieferanten waren, verschlimmerte die Situation noch. Dazu kommen Monat für Monat neue Einwanderer ins Land.

David Ben Gurion, Israels sozialistischer Ministerpräsident, hatte deshalb bereits am 12. März 1951 in den Hauptstädten der vier Deutschland-Besatzer Anspruch auf 1,5 Milliarden Dollar „collective recompense“ anmelden lassen. „Weil das deutsche Volk weiterhin die Früchte des Gemetzels und der Plünderung genießt, die seine ehemaligen Führer veranstaltet haben.“

Weitere 500 Millionen Dollar reklamierte Dr. Nahum Goldman, Präsident der Jewish Agency, im Namen von 23 internationalen jüdischen Organisationen „als bescheide-

Köpfe heiß redeten, schlugen sich draußen ihre Parteigänger blutig. Cherut und Mapam, Rechts- wie Links-Radikalinskis, lieferten der Polizei erbitterte Straßenschlachten um die Frage, ob man vom deutschen Erzfeind Hilfe annehmen dürfe.

Halben Herzens, mit 61 Stimmen von 120, ließ der Knesseth Ben Gurion seine Wiedergutmachungs-Pläne weiter verfolgen. Anderntags klebten zu Tausenden an den Häuserfronten schwarzumrandete Plakate mit den Namen der „Verräter“, die Ja gestimmt hatten.

Rund 500 000 Juden aus aller Welt wanderten in zweieinhalb Jahren nach Israel ein, bettelarm allein 80 000 aus dem Irak. Zehntausende aus Persien, aus den Staaten der Arabischen Liga, aus Nordafrika



Mindestens noch 1,5 Milliarden Dollar: Unterzeichnungsakt in Luxemburg

nen Teil des noch in deutschen Händen befindlichen geplünderten jüdischen Eigentums“, für das Anspruchsberechtigte nicht mehr vorhanden sind.

In Bonn rannte Ben Gurion offene Türen ein. Zu seiner eigenen Überraschung. Als Kanzler Adenauer am 27. September 1951 im Bundestag seine Hand ausstreckte und die „Bereitschaft der Bundesregierung“ verkündete, „mit Vertretern des Judentums und des Staates Israel eine Lösung der materiellen Wiedergutmachung herbeizuführen“, da akklamierte Beifall einmütig von der DP bis zur SPD. Das Problem der materiellen Wiedergutmachung an den Juden konnte nicht in erster Linie vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet werden. Es war ein moralisches Problem.

In Jerusalem hatte Ben Gurion seinerseits große Not, den widerspenstigen Knesseth (Parlament) überhaupt wiedergutmachungs-empfindlich zu stimmen. Während sich drinnen die Abgeordneten die

*) In einem Brief des Arabischen Hohen Komitees an den Bonner Bundestag teilten die Araberstaaten vor Unterzeichnung des Abkommens mit, sie würden „alle moslemischen Nationen von Indonesien bis Tunis und vom Irak bis Saudi-Arabien auffordern, keine Waren von deutschen Firmen zu importieren, die an Lieferungen nach Israel teilgenommen haben“. (Der stark ausbaufähige deutsche Export nach den arabischen Ländern betrug im vergangenen Jahr 400 Millionen DM.)

und aus Rumänien. Denn jeder Jude hat Wohnrecht in Israel.

Nur, statt Milch und Honig erwarten ihn im Gelobten Land Hunger und Elend, Schwarzhandel und Inflation. Israel lebt „vom Schiff in den Mund“, spöttelt man in den Cafés von Tel Aviv. Trotz 700 Millionen Spenden- und Anleihe-Dollars mußten die Israelis ihre Gürtel immer enger schnallen.

Mindestens noch 1,5 Milliarden Dollar würde es kosten, dem israelischen Faß einen wasserdichten Boden zu zimmern, hat Aufbauplaner Dr. Ludwig Grünbaum errechnet, ehemals Dozent für Volkswirtschaftslehre an der Universität Berlin. Genug, um selbst den finanzstarken amerikanischen Juden, die die Beschaffung der Dollar-Milliarden übernehmen sollten, Zahlungsschwierigkeiten zu bereiten.

Fünzig ihrer maßgebenden Vertreter hielten schon im September 1950 mit Ben Gurion und Finanzminister Eliezer Kaplan Rat in Tel Aviv, um dem Grünbaum-Plan die nötige finanzielle Rückendeckung zu geben. Am Vorstandstisch saß auch Henry J. Morgenthau.

Um diese Zeit beobachtete Ben Gurion aber schon mit Sorgenfalten den sinkenden Pegel am Dollarstrom nach Israel. Finanzminister Kaplan bekam manches zu hören über leichtsinnig verkonsumierte, „mispent“ (vergeudete) Dollars. „Mit größerer Voraussicht könnten die israelischen

Staatsstellen die Krisen vermeiden, die alle sechs Monate auftreten“, hatte man ihm in Washington leicht verschupft zu verstehen gegeben.

Einige Monate hielt man sich in Tel Aviv an die guten Vorsätze, das mit den amerikanischen Juden verabredete 1,5-Milliarden-Investierungsprogramm eisern durchzuhalten, allen ungedeckten Lebensmittelkarten und allen hungernden Schlangen vor den Lebensmittelläden zum Trotz.

Bis schließlich im September 1951 Ernährungsminister Pinhar Lavon rebellierte: „Es muß endlich aufhören, daß man sich bei uns nur noch über das Essen unterhält“, und für Brot statt Maschinen plädierte. Wochenlang lag beispielsweise im Hafen von Haifa ein Zuckerschiff und

und nur mit einem Kopfnicken begrüßten: Professor Böhm für die Bundesrepublik, Dr. Shinnar für Israel und Moses A. Leavitt für die jüdische Weltorganisation „Conference on Jewish Material Claims against Germany“ (s. Spiegel 22/52). Im Park und in den Fluren des Casteel Oud-Wassenaar in Den Haag wimmelte es wegen der Attentatsgefahr von Detektiven.

Die kühle Verhandlungsatmosphäre hielt sich bis zu dem Abschlußzeremoniell in der vergangenen Woche, als in den Luxemburger Verträgen die drei großen Komplexe der Wiedergutmachung geregelt wurden:

- Deutschland liefert Israel für drei Milliarden DM Waren- und Dienst-

Das Abkommen bringt keine Normalisierung zwischen den beiden vertragschließenden Staaten. An die im Schloß Wassenaar ausgehandelte, stark eisenhaltige Warenliste (Spezialpumpen, elektrische Anlagen, Motoren, Bau- und Transportgerät) haben die jüdischen Unterhändler die Bedingung geknüpft, daß hier besonders Güter ausländischen Ursprungs geliefert werden, die Deutschland also im Ausland kaufen muß. (Durch Bezahlung aus deutschen EZU-Überschüssen gegenüber England soll weiterhin auch Öl an Israel geliefert werden).

Grund: Israel befürchtet, später laufend deutsche Ersatzteile zu benötigen und so vom deutschen Markt abhängig zu werden. Über die Annahme der deutschen Reparationslieferungen hinaus ist der junge Staat weder am wirtschaftlichen noch am diplomatischen Verkehr sehr interessiert.

Zur praktischen Abwicklung der nach Ratifizierung der Verträge anlaufenden Warenlieferungen jedoch werden bereits vielfältige Fäden von Tel Aviv nach Deutschland gesponnen. In Köln hat sich bereits die „Isropa“ (Israel-Europa-Dienst GmbH) etabliert, die zwischen den deutschen Lieferanten und der noch zu bildenden israelischen Einkaufskommission vermitteln will.

Sie ist nicht die einzige Firma, die das bevorstehende Reparationsgeschäft mit Deutschland managen möchte. In Tel Aviv hat ein Run jüdischer Geschäftsleute eingesetzt, die zur Einschaltung in die deutschen Lieferungen wieder Verbindung zur Bundesrepublik aufnehmen wollen. Der Andrang ist so stark, daß die Ausstellung von Visa unterbrochen wurde.

STREIK

Vertrauensmann raus

Sie streikte nur einen Tag, die Industrie-Gewerkschaft Metall von Schleswig-Holstein. Dennoch gelang es ihr, schwere Vorwürfe „undemokratischen Verhaltens“ und „Terrors bei der Urabstimmung“ auf sich zu ziehen.

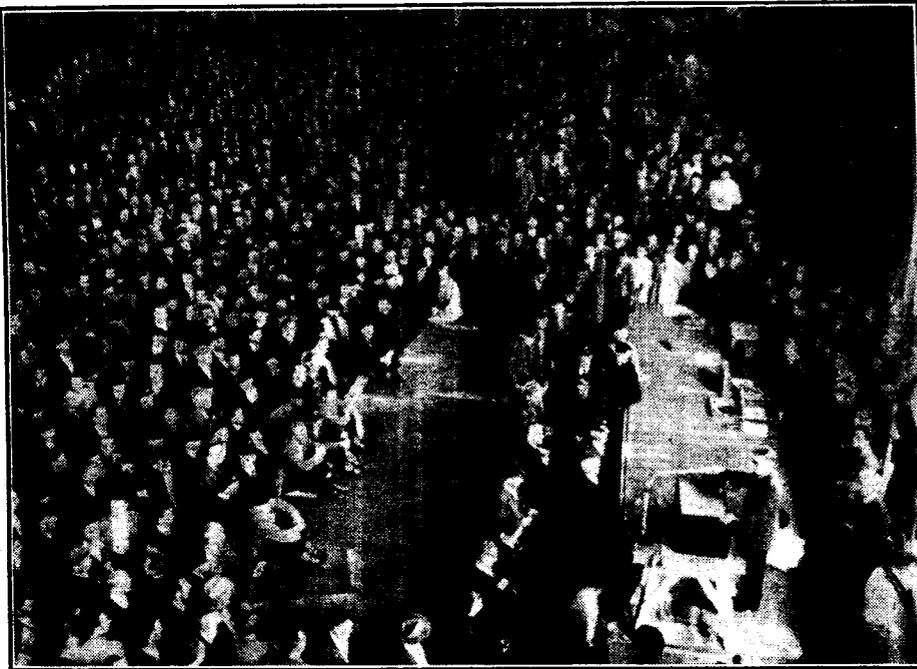
Der IG-Metall-Bezirk Nordmark hatte beschlossen, die Lohnschraube um zehn Stundenpfennige höher zu drehen, von durchschnittlich 1,35 DM auf 1,45 DM. Doch die Betriebschefs der Eisen- und Metallindustrie sagten nein.

Also proklamierte die Bezirksleitung in Hamburg am 3. September für ihre schleswig-holsteinischen Mitglieder: „Ihr sollt durch Urabstimmung entscheiden, daß Ihr nicht bereit seid, das Diktat der Arbeitgeber hinzunehmen.“

Die Arbeitgeber fanden das nicht weniger diktatorisch. Sie erklärten in einem Gegenaufruf: „Von den Werften . . . liegen Meldungen vor, daß ausländische Kunden unter Hinweis auf die in der Presse dokumentierten Lohnforderungen mitgeteilt haben, daß trotz der vereinbarten Gleitpreise das Ausland nicht gewillt sei, auch nur einen Pfennig in Zukunft zusätzlich auf Grund von Lohnerhöhungen noch übernehmen zu wollen.“

Das Deutsch dieses Satzes war immerhin verständlich genug, um den Ernst der Situation deutlich zu machen. Denn Schleswig-Holsteins Werften halten nach dem Krieg konstant rund 30 Prozent der gesamten Schiffsbaukapazität des Bundesgebietes, darunter die Howaldt-Werft in Kiel mit devisabringenden Tag- und Nachtschichten für vornehmlich ausländische Großaufträge.

Doch die IG-Metall-Leitung beharrte, die schleswig-holsteinischen Metallarbeiterlöhne lägen um 14 Pfennige unter dem Bundesdurchschnitt: „Die satzungsgemäß genehmigte Urabstimmung erfolgt am Freitag, dem 5. September 1952.“



Ihr sollt durch Urabstimmung entscheiden: Ausgabe der Streikparole

durfte nicht eingeladen werden, weil die Regierung nicht zahlen konnte. Dabei hatte es „auf Karte“ seit drei Monaten keinen Zucker gegeben.

Am 23. Oktober 1951 — vier Wochen nach Kanzler Adenauers Wiedergutmachungs-Erklärung im Bundestag — kapitulierte Industrieminister Dr. Dov Joseph vor der „Brot-statt-Maschinen“-Revolte, und erklärte Lebensmittelimporte für vorrangig. Gleichzeitig drängte die Not im Lande immer mehr auf die Realisierung der Ansprüche an Deutschland hin.

Als Spezialisten für den Umgang mit Kriegsverbrechern lud man Nürnberg-Ankläger Robert M. W. Kempner ein, um sich raten zu lassen. „Wenn Ihr Geld wollt, dann müßt Ihr reden, mit Telepathie kommt Ihr nicht weit“, munterte der zu energischeren Taten auf.

Am 16. Januar vergangenen Jahres meldete Ben Gurion bei den vier Großmächten erstmals den israelischen Wiedergutmachungsanspruch an. Am 12. März ließ er seine 1,5-Milliarden-Dollar-Rechnung „für die Kosten der aus national-sozialistischem Herrschaftsbereich nach Israel emigrierten Juden“ folgen. 500 000mal je 3000 Dollar. Individuelle Zahlungen, die Deutschland an die entschädigungsberechtigten deutschen Juden leisten muß, sollten darauf nicht angerechnet werden.

Am 21. März dieses Jahres begannen dann die Schlußverhandlungen, als sich in Holland betont kühl und ohne Händedruck

leistungen, die der Erweiterung der Ansiedlung und Wiedereingliederung für jüdische Flüchtlinge in Israel dienen sollen.

- Die jüdischen Weltverbände erhalten 450 Millionen DM. Das Geld wird zunächst ebenfalls Israel für Warenkäufe in Deutschland zur Verfügung gestellt. Entsprechend den eingegangenen Lieferungen leitet die israelische Regierung bis zur Höhe dieser 450 Millionen Beiträge an die jüdischen Verbände weiter.

Die Bundesregierung verpflichtete sich, die in Westdeutschland geltende Wiedergutmachungsgesetzgebung zu beschleunigen und zu verbessern. Denn durch die Zahlungen an Israel und die jüdischen Weltorganisationen werden die individuellen Ansprüche der geschädigten Juden nicht berührt. (Diese noch zu regelnden Ansprüche werden auf weitere sechs Milliarden DM geschätzt).

Zweihundert Millionen Mark muß Finanzminister Fritz Schäffer jährlich bis 1953 für die Zahlungen an Israel bereitstellen, danach pro Jahr 310 Millionen. Durch eine Wertsicherungsklausel verlangten die Juden, daß ihre Ansprüche im Falle von westdeutschen Preissteigerungen aufgewertet werden.

Auf die Frage „Wenn nun eine Deflation eintritt?“ antwortete der israelische Außenministeriums-Beamte Avner: „Für diesen Fall gilt die Klausel nicht.“